

Droht nach der Energiewende nun “Die Hauswende”?

Die ebenfalls medial glanzvoll verteidigte Energiewende hat offensichtlich ihren Glanz nach wenigen Jahren verloren, weil jeder Haushalt inzwischen bemerkt hat, dass er deswegen rund 600,- € im Jahr weniger in der Haushaltskasse hat und dass dies noch nicht das Ende der Fahnenstange ist.

Bild rechts: v.l.n.r.: Andreas Lücke (BDH-Hauptgeschäftsführer), Manfred Greis (BDH-Präsident), Dr. Barbara Hendricks (Bundesbauministerin), Stephan Kohler (geea-Sprecher und Vorsitzender der dena-Geschäftsführung), Marianne Tritz (GDI-Geschäftsführerin), Ulrich Tschorn (VFF-Geschäftsführer) Foto: dena/P. Becerra

Es werden ja noch Ausgleichszahlungen für zuverlässig arbeitende Schattenkraftwerke hinzukommen, die wegen des Wackelstroms aus Sonne und Wind weiter erforderlich sind.

Es werden sich die Kosten für die neuen Stromtrassen hinzuaddieren und dazu Entschädigungszahlungen für die Besitzer der Kernkraftwerke kommen, die nicht weiter betrieben werden dürfen, sowie die Kosten für den Neubau neuer zuverlässig arbeitender Stromkraftwerke, die nach dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke zur Stabilisierung der Stromnetze unerlässlich sind. Und nicht zu vergessen sind die Kosten für Speicherungen der Wackelstromarten aus Sonne und Wind, wenn solche jemals realisiert werden könnten. Nicht vergessen werden sollten noch die erforderlichen Sozialleistungen für unsere armen Bürger, damit diese nicht vom Strombezug wegen unbezahlbarer Kosten ausgeschlossen werden.

Mutmaßlich hat man inzwischen den Murks bei der Energiewende erkannt und will jetzt vom ungelösten und inzwischen stark kritisierten Thema ablenken. Deshalb wird jetzt der Fokus auf “Die Hauswende” gerichtet, auch wenn schon der Begriff “Hauswende” sowohl auf eine unglückliche Wortwahl als auch auf eine weitere Fortsetzung von Diletantismus hinweist. Längst sind die Bürger nämlich durch TV-Sendungen und einige verantwortungsvolle Medien aufgeklärt worden, dass sich die Plastikverpackung unserer Gebäude

- ♦ wirtschaftlich überschaubar nicht rechnet,
- ♦ keine beweisbaren Vorteile für die Umwelt hat,
- ♦ eine erhöhte Gefährdung im Brandfalle darstellt,
- ♦ bautechnisch nicht nachhaltig ist und
- ♦ den Sondermüll von morgen darstellt.

Weshalb sich Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks von der SPD trotzdem gegen die tatsächlichen Bürgerinteressen mit den Profiteuren solcher “Hauswende”-Maßnahmen verbündet, erschließt sich für den neutralen Betrachter

nicht, sollte sie doch eigentlich neutral vermitteln.

Wenigstens ist die Aussage in der Bekanntgabe für die Kampagne "Die Hauswende" ehrlich, wessen Karren die Ministerin ziehen will. Es ist der Karren der "relevanten Branchenverbände" und "zahlreicher Unternehmen", darunter der

- ♦ Bundesverband Haus-, Energie- und Umwelttechnik e.V. (BDH)
- ♦ Gesamtverband Dämmstoffindustrie (GDI)
- ♦ Verband Fenster + Fassade (VFF),
- ♦ Bundesverband Flachglas (BF)
- ♦ der Baufinanzierer Wüstenrot und
- ♦ die rührige Firma Sto AG.

Rädelsführer dieser Kampagne ist die dena um Stephan Kohler, der sich seine "neutralen Studien" u.a. von der BASF mitfinanzieren lässt (siehe TV-Sendung "Können kämpft").

Wie immer wurde der betroffene Eigentümer und Mieter zur Kampagne weder gehört noch irgendwie einbezogen. Die Bundesregierung beteiligt sich mit 1,3 Millionen Euro an dem "Aufklärungs-Projekt", sprich an der Werbekampagne der Verbände. Hier haben wir die Einbeziehung des Bürgers wenigstens mit seinem Steuergeld.

Vielen Dank dafür – Frau Bundesbauministerin.

Mit unserem Geld dürfen wir wie immer dabei sein.

Norbert Deul – Vorstand

Schutzgemeinschaft für Wohnungseigentümer und Mieter e.V.

www.hausgeld-vergleich.de